



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 28. Juli 2010

Aus Berlin

Reaktionen auf Debatte um Hausarztverträge

Mit einem Brief an die Fraktion hat SPD-Gesundheitssprecher Karl Lauterbach seine Partei aufgefordert, die Hausärzte bei ihren Protesten gegen die Pläne der schwarz-gelben Koalition aktiv zu unterstützen. Dagegen machte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Daniel Bahr (FDP), in einem Interview mit RBB Info Radio darauf aufmerksam, dass die FDP die Hausarzt Honorare nicht kürzen, sondern wie bei allen anderen Ärzten auch aufgrund der Wirtschaftskrise begrenzen will. Das Modell der hausarztzentrierten Versorgung sieht die FDP dagegen kritisch, weil „alle Krankenkassen gezwungen werden, mit de facto einem Verband einen Vertrag zu schließen“, erklärte Bahr weiter.

Prof. Kuno Winn, der Vorsitzende des Hartmannbundes, hat die Debatte um die Hausarztversorgung kritisiert: Bestimmte Äußerungen würden das Ansehen des Berufsbildes des Arztes massiv beschädigen. Auch die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bremen und die KV Sachsen kritisierten Äußerungen des Hausärzteverbandes. „Dieses verbandspolitische Getöse hat den berechtigten Interessen der Hausärzte nach einer guten Vergütung mehr geschadet als genutzt“, so Günter Scherer, der stellvertretende Vorsitzende der KV Bremen. „Es ist grotesk und unverantwortlich, wenn führende Protagonisten des Bundesverbandes der Deutschen Hausärzte das Gespenst eines möglichen Zusammenbruchs der hausärztlichen Versorgung heraufbeschwören und dabei sogar Todesfälle prognostizieren“, sagte Dr. Klaus Heckemann, Vorstandsvorsitzender der KV Sachsen. (Agenturmeldung, 26. Juli, [Radiointerview mit Daniel Bahr, 23. Juli](#), [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 22. Juli](#), [Pressemitteilung der KV Bremen, 22. Juli](#), [Pressemitteilung der KV Sachsen, 23. Juli](#))

SPD: Gesundheitsreform ist verfassungswidrig

Der Reformentwurf des Bundesgesundheitsministers Dr. Philipp Rösler (FDP) sei verfassungswidrig, so SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Notfalls wolle die Partei auch dagegen klagen, sagte Nahles. Dabei bezog sie sich auf ein von SPD in Auftrag gegebenes Gutachten des Juristen Ingwer Ebsen. Er stellte fest, dass der Sozialausgleich für Geringverdiener in der schwarz-gelben Gesundheitsreform, „nicht nur ungerecht, sondern verfassungswidrig ist“, weil er dem Gleichheitsgebot im Grundgesetz widerspricht. Laut Gutachten fließen nur das Arbeitsentgelt und die Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit in die Berechnung des Sozialausgleichs. Das könnte dazu führen, dass Kassenmitglieder mit einem höheren beitragspflichtigen Einkommen leichter in den Genuss des Sozialausgleichs kommen als solche mit niedrigerem Einkommen.

Als politisch motiviert und fachlich unseriös bewertete ein Sprecher des Gesundheitsministeriums die Ergebnisse Ebsens. Die Versicherten könnten sicher sein, dass der Sozialausgleich „unbürokratisch und gerecht“ ausgestaltet werde, so der Sprecher. (Agenturmeldung, 26. Juli)

Aus KBV und KVen

KV-on: KBV unterstützt die Hausärzte

Immer weniger junge Ärzte entscheiden sich für die Allgemeinmedizin. Eine gezielte Förderung der Ausbildung für angehende Hausärzte ist einer der Schritte, um die hausärztliche Versorgung zu stärken. Was die KBV für die Hausärzte darüber hinaus tut, ist das aktuelle Thema der Woche mit Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der KBV. ([Videopodcast auf KV-on, dem Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen, 23. Juli](#))

Abrechnung per Mausclick

Rund 22.000 Arztpraxen übermitteln ihre Abrechnung bereits online an ihre Kassenärztliche Vereinigung (KV). Damit nutzt bislang fast jeder fünfte ambulant tätige Arzt und Psychotherapeut die Vorteile dieser Art der Abrechnung. Ab dem 1. Quartal 2011 wird das für alle Pflicht. Die Abrechnung für erbrachte Leistungen soll dann online an die jeweilige KV übermittelt werden. „Dies spart vor allem Zeit und Kosten“, betont der Vorstand der KBV, Dr. Carl-Heinz Müller.

Zur Online-Abrechnung werden die Praxen bundesweit mit den Rechenzentren der jeweiligen KV vernetzt. Die Übermittlung der sensiblen Abrechnungsdaten erfolgt über einen speziellen Zugang. Mit diesem Anschluss können Vertragsärzte auch auf alle KV-übergreifenden Online-Angebote zugreifen und diese von verschiedenen Praxisrechnern aus gleichzeitig nutzen.

In Brandenburg rechnen 60 Prozent der Vertragsärzte online ab. „Damit nehmen wir unter den KVen einen Spitzenplatz ein“, sagte der Vorsitzende der KV Brandenburg, Dr. Hans-Joachim Helming. ([Pressemitteilung des KBV, 22. Juli](#), [Pressemitteilung der KV Brandenburg, 28. Juli](#))

KV Berlin: Ärzte haben geringeren Gewinn als gedacht

50.103 Euro beträgt der Gewinn eines Arztes in Berlin für das Jahr 2009, hat Dr. Uwe Kraffel, Vize-Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin kundgetan. „Der Durchschnittsumsatz eines niedergelassenen Arztes betrug in Berlin im vergangenen Jahr 164.619 Euro. Aber der durchschnittliche Kostensatz liegt nach Angaben des Instituts des Bewertungsausschusses bei 114.515 Euro“, sagte Kraffel. Damit seien die vor acht Wochen publizierten Zahlen des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung nicht korrekt, betonte der KV-Vorstand. ([Pressemitteilung der KV Berlin, 21. Juli](#))

KV Westfalen-Lippe und KV Nordrhein laden Bundeskanzlerin ein

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe und die KV Nordrhein begrüßen die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angekündigte Gesundheitsreise durch Deutschland. Die KVen würden es besonders befürworten, wenn sich die Kanzlerin auch vor Ort ein Bild über die Patientenversorgung in Nordrhein-Westfalen macht.

Deshalb formulierten die KV Westfalen-Lippe und KV Nordrhein, zusammen mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes sowie den Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe eine Einladung an Merkel.

„Nordrhein-Westfalen ist mit 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Deutschlands. Die gesundheitliche Versorgung in unserem Land ist exzellent. Die Wertschätzung dieser Versorgung ist jedoch nicht immer angemessen“, betonte der Vorstand der KV Nordrhein, Dr. Peter Potthoff und Bernd Brautmeier. Ein Besuch der Kanzlerin könne viel zu einer Verbesserung beitragen. ([Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 23. Juli](#))

KV Nordrhein für weitere drei Jahre rezertifiziert

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein hat im Juli in allen Geschäftsbereichen ihre Rezertifizierung nach der DIN EN ISO-Norm 9001:2008 von der Deutschen Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen (DQS) erhalten. Diese Norm legt Anforderungen an ein Qualitätsmanagementsystem fest. Die Anforderungen sind für Organisationen geeignet, die mit

ihren Dienstleistungen die Ansprüche der Kunden erfüllen sowie die Kundenzufriedenheit erhöhen. Diese Rezertifizierung gilt für die nächsten drei Jahre. ([Pressemitteilung der KV Nordrhein, 28. Juli](#))

Aus den Verbänden

DKG legt Konzept zur Neuordnung der ambulanten Versorgung vor

Georg Baum, der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), hat ein Konzept seiner Organisation zur ambulanten Versorgung vorgestellt. Dieses sieht unter anderem vor, die ambulante ärztliche Versorgung in eine haus- und fachärztliche Grundversorgung und in eine spezialärztliche Versorgung zu gliedern. Für die ambulante haus- und fachärztliche Grundversorgung schlägt Baum vor, die Bedarfsplanung zu reformieren. Die ambulante spezialärztliche Versorgung solle von Krankenhäusern und von besonders qualifizierten Vertragsärzten gesichert werden. Der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, stimmte den Forderungen der DKG nur in einigen Punkten zu. Seine Organisation hatte bereits zu Beginn des Jahres Vorschläge zur sektorenübergreifenden Kooperation und Bedarfsplanung gemacht. Köhler erklärte: „Die KBV ist für eine intelligente und sektorenübergreifende Versorgungssteuerung, denn die starre Trennung des ambulanten und des stationären Sektors ist nicht mehr zeitgemäß.“ Die Forderung der DKG nach einem ständigen Sitz im Bewertungsausschuss, der die Vergütung der Niedergelassenen verhandelt, lehnte Köhler jedoch klar ab. Die DKG fordert außerdem erweiterte Kooperationsmöglichkeiten mit niedergelassenen Praxen. „Nur durch ein neues Miteinander von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten können wir in den schwierigen Zeiten des Ärztemangels die ambulante Versorgung der Patienten flächendeckend sicherstellen“, erklärte Baum. ([Pressemitteilung der DKG, 22. Juli](#), [Ärzte Zeitung, 26. Juli](#))

Ausgaben für ambulante Versorgung sind konstant

Die Ausgaben für die ambulante ärztliche Versorgung liegen seit langer Zeit zwischen 17 Prozent und 18 Prozent der Kassenausgaben. Somit sind die Kosten nicht gestiegen, wie viele Bürger glauben. Dieses Ergebnis liefert der Gesundheitsmonitor der Bertelsmann Stiftung. Im Rahmen des Gesundheitsmonitors wurden in diesem Jahr circa 1.800 Personen zu aktuellen Themen im Politikfeld Gesundheit befragt.

Die Studie zeigte zudem, dass 60 Prozent der Versicherten der Meinung sind, der Kostenanstieg im Gesundheitswesen wäre auf hohe Verwaltungskosten zurückzuführen. Die tatsächlichen Kosten liegen aber nur zwischen fünf Prozent und sechs Prozent. Die Ergebnisse des Gesundheitsmonitors zeigen, dass fast jeder Dritte glaubt, die Kosten würden aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts und der längeren Lebenserwartung steigen. Jeder Fünfte ist überzeugt davon, dass die hohen Ausgaben im Gesundheitswesen an den zu hohen Einnahmen von Ärzten und Kliniken liegen. ([Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung, 27. Juli](#))

Barmer GEK: Hüft- und Knieimplantationen nehmen deutlich zu

Der Report Krankenhaus 2010 der Barmer GEK hat gezeigt, dass in deutschen Kliniken immer mehr Hüft- und Kniegelenke implantiert werden. Zwischen 2003 und 2009 führten Mediziner circa 1.379.000 Hüftgelenks- und 1.013.000 Kniegelenksoperationen durch. Im vergangenen Jahr wurden rund 209.000 Hüft- und 175.000 Knieprothesen eingesetzt. Die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung betragen dafür ungefähr 2,9 Milliarden Euro. Die Ausgaben umfassen nur die stationäre Behandlung. Die zusätzlichen Kosten für Implantatwechsel betragen jährlich rund 550 Millionen Euro. Zurückgegangen ist jedoch die Verweildauer im Krankenhaus nach einem solchen Eingriff. Seit 1990 ist diese von 13,4 auf 8,5 Tage gesunken.

Diese Zahlen fanden Wissenschaftler vom Hannoveraner Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung im Rahmen einer Studie heraus. Die Auswertungen zeigten auch, dass die Anzahl der Knieoperationen seit 2003 um rund 52 Prozent zugenommen hat. Die Hüftoperationen sind um 18 Prozent gestiegen. Zugenommen haben auch die Revisionseingriffe.

„Die gewaltige Steigerung von Hüft- und Knieimplantationen hat einen hohen Preis“, so Dr. Rolf-Ulrich Schlenker, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK. Seiner Meinung nach könne deshalb gefragt werden, ob bereits eine Tendenz zur Überversorgung bestehe. ([Pressemitteilung der Barmer GEK, 27. Juli](#))

vdek vergibt Zukunftspreis

Der Verband der Ersatzkassen (vdek) schreibt zum ersten Mal einen Gesundheitspreis aus: Leistungserbringer und andere Akteure können bis zum 31. Oktober ihre Ideen zur besonderen Versorgung einer alternden Gesellschaft beim vdek einreichen. Mögliche Konzepte können Best-practice-Beispiele und innovative Ideen sein, die bisher noch nicht umgesetzt wurden. Die vdek schreibt ein Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro aus. Die Jury bewertet die Umsetzbarkeit des Konzeptes, qualitative Aspekte sowie die gesundheitsökonomische Relevanz. ([Pressemitteilung des vdek, 26. Juli](#))

Aus der Welt

Einsamkeit schadet die Gesundheit

Einer Studie zufolge ist Einsamkeit genau so schädlich für die Gesundheit wie Rauchen und Fettsucht. Die Forscher vermuten, dass das soziale Umfeld den Umgang mit der eigenen Gesundheit und psychologische Prozesse wie Stress und Depressionen beeinflusst. Deswegen sollten Ärzte und Gesundheitsexperten nicht nur auf den Tabakkonsum und die Ernährung achten, sondern auch auf die sozialen Kontakte der Patienten. Dies ergab eine Analyse von 148 Studien zum Sterberisiko, die die Daten von über 300.000 Menschen erfassten. (Agenturmeldung, 27. Juli)

Außerdem

Ärztinnen in Führungspositionen sind immer noch selten

Obwohl fast 70 Prozent der Studienanfänger in der Medizin weiblich sind, gibt es nur wenige Ärztinnen in Führungspositionen sowie mit Habilitationen, so Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin. Nur 30 Prozent der Ärztinnen seien in einem unbefristeten Vollzeitverhältnis, die meisten arbeiten in Teilzeit. „Von einem höheren Frauenanteil könnte auch die Forschung profitieren, indem die weibliche Sicht auf medizinische Fragestellungen hilft, Forschungslücken zu schließen“, sagte die Wissenschaftlerin. ([Deutsches Ärzteblatt, 26. Juli](#))

KOMPAKT- Zahl der Woche: 7,2 Milliarden

7,2 Milliarden Euro haben die Kassen im vergangenen Jahr für Krankengeld ausgegeben. Dies sei eine Steigerung von rund 10 Prozent, wie aus einem Rundbrief des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung hervorgeht. (Agenturmeldung, 26. Juli)

Aus dem Terminkalender

- 11.08.10 Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt
Magdeburg, 15.30 Uhr
- 16.08.10 – Wahl der Vertreterversammlung
27.08.10 KV Thüringen
- 16.08.10 – Wahl der Vertreterversammlung
09.09.10 KV Sachsen-Anhalt
- 18.08.2010 Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken , 16 Uhr
- 27.08.2010 – Klausurtagung der VV der KV Hessen
29.08.2010 Berlin, 15.30
- 08.09.2010 Wahl der Vertreterversammlung
KV Nordrhein
- 25.09.10 [Kooperationstagung „Demenz – Strategien für eine gemeinsame Versorgung“](#)
Berlin, 10 – 16.30 Uhr

Aus der Presse

KBV: Wettbewerb mit gleich langen Spießen

„Die KBV ist für eine intelligente und sektorenübergreifende Versorgungssteuerung, denn die starre Trennung des ambulanten und des stationären Sektors ist nicht mehr zeitgemäß“, hat der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, gegenüber der Ärzte Zeitung gesagt. Allerdings lehnte er die Forderung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) nach einem Sitz im Bewertungsausschuss klar ab. In diesem Gremium entscheiden Mitglieder der KBV und des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen über die Honorarhöhe und -verteilung unter den 140.000 Vertragsärzten. ([Ärzte Zeitung 26. Juli](#))

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 / 4005 – 2203
Fax: 030 / 4005 – 27 2203
E-Mail: imohr@kbv.de, agromes@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>